

DEBATTE : BILDUNGSPOLITIK

BERND SCHIMMLER:

Anregungen aus den USA

Massachusetts gilt als der Hort der WASP – der white-anglo-saxons-protestants – und als Hort der amerikanischen Eliteschulen und Hochschulen. Da überrascht die Meldung des Boston Globe vom 13. September 2006 doch etwas. Obwohl dieser Bundesstaat auch mit fremdsprachlich sozialisierten Schülern weniger zu tun hat als andere gibt es negative Berichte.

Man solle sich einmal die Hymnen auf die Schule und die Lehrer am Tag des Lehrers in den USA dort vor Ort anhören und versteht die neuenglische Welt nicht mehr. Bildung wird in diesem Staat groß geschrieben.

Trotzdem erreichten 37 % - das sind 617 von 1.685 öffentlichen Schulen – nicht den geforderten Standard des Wissens, der für die gesamten USA gilt und dies seit zwei Jahren, wobei es im letzten Jahr nur 420 Schulen waren, die den Standard nicht erreichten. Im größten Schmelztiegel des Staates Massachusetts, in Boston, stieg die Zahl der Schulen von 7 auf 13, d.h. auch dass die Mehrzahl der Probleme eigentlich in den idyllischen Gebieten dieses, um diese Zeit des Indian Summer gern besuchten Staates, beheimatet sind. Nur 56 % der die Ziele verfehlenden Schulen lagen in urbanen Gebieten, der Rest in suburbanen oder ländlichen Gebieten, also solchen die z.B. mit Problemen aus Migrationshintergründen wenig Berührung haben. In diesen Bereichen waren die betroffenen Schüler hauptsächlich aus einkommensschwachen Familien oder mit Lernschwierigkeiten. Die Hilfe für diese Schüler scheint zu fehlen.

Selbständige Schulen

Woran liegt es? Lehrer sind in den USA hoch engagiert, wenn auch erheblich schlechter bezahlt und nicht abgesichert, wie beamtete deutsche Lehrer. Die Schulen sind selbstständig. Vielfach haben sich gerade Schulen auch in ghetto-ähnlichen Gebieten mit eigenen Programmen in den späten neunziger Jahren erholt und gute Leistungen gebracht. Diese Probleme aber gab es in Massachusetts weniger, trotzdem ein niederschmetterndes Ergebnis und dies kurz vor den Kongresswahlen. Die Schulpolitiker im Staat – auch dort stehen viele zur Wiederwahl an – diskutieren die Misere seit langem. Das Drohpotential ist groß. Schulen können geschlossen und mit neuem Personal weiterbetrieben werden. Interessant ist auch, dass von den 420 das Ziel im Jahr 2005 verfehlenden Schulen 45 in 2006 das Ziel erreicht haben, was aber auch bedeutet, dass bisher erfolgreiche Schulen zurückgefallen sein müssen.

Schulreformgruppen fordern 25 Mio. \$ für die Schulen, aber nur 5 Mio. \$ sind im Etat des Bundesstaates vorgesehen. Dafür wurden Beraterfirmen engagiert – so wie man es aus der Wirtschaft kennt – um Schulen zu optimieren – bisher ohne Erfolg.

Mit besonderem Interesse schaut man nunmehr in Massachusetts auf die Washington Elementary School in Springfield, MA, wo seit zwei Jahren eine neue Leiterin nicht nur fast das gesamte Personal auswechselte sondern auch ein neues Lese-Lern-Programm initiierte und dies mit Erfolg.

In Deutschland gibt es andere „Produktionsbedingungen“, aber ab und zu einen Blick über die Grenzen werfen, dürfte hilfreich sein, auch hier den Schulen zu helfen. Schulen brauchen mehr Freiheit der Entscheidung im pädagogischen Bereich.

Die Schulleitung muss am Ergebnis der Schule gemessen werden. Deshalb ist es falsch, dass Schulleitungen auch dem Votum des Kollegiums unterzogen werden. Nicht einmal Politiker sind geübt, sich Volkes Stimme anzupassen, warum sollen es Schulleiter, wenn ihre Neubestellung ansteht, warum soll man dann nicht die Wünsche der Kollegen an den Stundenplan („ich möchte Mo. und Fr. frei haben - du weist doch, ich baue ein Haus“) erfüllen. Wie sollen Schulleiter dienstliche Beurteilungen objektiv erstellen, wenn der bzw. die zu beurteilenden Kollegen anschließend über seine Neubestellung mitbestimmen. Das können nur kernige, letztendlich autoritäre Schulleitungen durchhalten.

Evaluation durch Schulräte

Das alte System der Evaluation – wie es jetzt neudeutsch heißt – durch die Schulräte wäre besser. Allerdings müssen die Ergebnisse der Schulräte in ihren Einsatzbereichen genauso evaluiert werden. Dies gilt auch für die wirtschaftlichen Ergebnisse in den Schulen. Hier wären insgesamt auf der Metaebene durchaus Fremdvergaben denkbar, z. B. Wirtschaftsprüfungsunternehmen, wenn diese auch erfahrenes pädagogisches Personal – es gibt genügend Frühpensionierte – einsetzen (Ausschreibungsbedingung). Für die wirtschaftliche Entwicklung der Schulen wären nach anglo-amerikanischem Vorbild auch Verwaltungsleiter sinnvoll, wie sie erfolgreich an den OSZs arbeiteten. Ein guter Oberinspektor leitet die Verwaltung einer Schule besser als ein hierzu quasi zwangsverpflichteter Konrektor. Der soll sich auf den Stundenplan konzentrieren.

Also mehr Freiheiten für die Schulen, die Möglichkeit der Schuluniformen um ethnische oder soziale Konflikte zu vermeiden, eine Trennung der pädagogischen von der wirtschaftlich-administrativen Schulleitung, die Evaluation der pädagogischen Erfolge durch die örtliche Schulaufsicht und die überörtliche Evaluation der bezirklichen Schulaufsichten durch externen Fachverstand, verbunden mit der Reduzierung des bürokratischen Landesschulamtes auf einen – hoffentlich irgendwann funktionierenden – Stellenpool und die für das Wohlbefinden der Beamten wichtige Beihilfestelle. Das würde bedeuten auch aus ausländischen Fehlern aber auch Erfolgen zu lernen. Dazu gehört Mut.

Der Unterzeichner dieses Artikels war von 1986 bis 1992 und dann wieder von 1997 bis 2000 als Bezirksstadtrat für die Schulen des damaligen Bezirkes Wedding zuständig. Er hat es genossen, liebe Pädagogen verzeiht es mir, fünf Jahre lang im Abgeordnetenhaus für die Baupolitik zuständig zu sein und nicht für die Frage, ob im Weiterbildungsprogramm für Lehrer ein Kurs über feministische Einführung in die Autoreparatur unbedingt während der Schulzeit durchgeführt werden muss, oder nicht auch in den Ferien, was wohl glücklicherweise geklärt ist. In dieser Zeit gab es natürlicherweise immer wieder Konflikte mit dem Personalrat. Meine Haltung war als Jurist klar: Klagen führen zu Urteilen und die beenden den Konflikt. Ich habe – nach meiner lückenhaften Erinnerung – nur einen verloren.

Ich erlaube mir die oben gemachten Vorschläge, weil ich gelernt habe, dass die Vertreter der Lehrer, der Eltern und auch der Schüler Schule sehr klarer sehen als Politiker. Als ich 1992 in das Ressort des Baustadtrates wechseln sollte und dann auch wechselte, gab es Proteste der GEW, der Bezirksschulgremien und des Personalrates. Irgendwie wollte man den Querkopf, der nicht vom Fach war, behalten. Es tat der Seele gut, aber es ist im Nachhinein auch eine Legitimation aus der Facherfahrung dieser sehr lehrreichen Jahre – die mich davon abhalten werden, pauschale Lehrerschelte zu erheben, weil ich erlebt habe, wie engagiert gerade in einem Problembezirk die Pädagogen arbeiten – trotzdem die obigen Vorschläge zu machen.

Wie in Parteien üblich, wird jetzt erst einmal gegen gehalten. Aber vielleicht findet sich auch jemand, der den Mut hat, aus der Misere unserer Schulen auszubrechen und weiterführende Vorschläge zu machen. Koalitionsverhandlungen sind leider dafür nicht geeignet – oder?

Bernd Schimmler, ehem. MdA und Bezirksstadt a.D.